

Liberaler treten bei Bundesstraßen-Bau aufs Gaspedal

B 212NEU Fraktionen fordern zügigen Lückenschluss und warnen vor neuem Raumordnungsverfahren

GANDERKESEE/DELMENHORST/ING – Nicht bremsen, sondern Gas geben: Das ist die Haltung der FDP in der Region zum Bau der B212neu. In einem „interkommunalen Austausch“ haben sich die FDP-Fraktionen aus Ganderkesee, Delmenhorst und Lemwerder sowie der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christian Dürr aus Ganderkesee, mit dem umstrittenen Straßenbauprojekt befasst.

Kritik äußern die drei Fraktionen in einer Pressemitteilung an der Absicht des nie-

dersächsischen Verkehrsministeriums, das Raumordnungsverfahren für den Abschnitt zwischen Harmenhausen und der Landesgrenze zu Bremen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Begründet wird dies in Hannover mit der Notwendigkeit einer „ganzheitlichen Betrachtung“ der Verkehrssituation in der südlichen Wesermarsch sowie in Delmenhorst und Ganderkesee.

„Wir befürchten, dass mit einem neuen Raumordnungsverfahren eine Umgehungs-

straße für Delmenhorst durch die Gemeinde Ganderkesee verknüpft wird“, erklärt Ganderkesees FDP-Fraktionsvorsitzende Marion Daniel. Wie berichtet, hatte die Landesregierung diese sogenannte „Entwicklungssachse“ aus der Vorschlagsliste für den neuen Bundesverkehrswegeplan gestrichen. Andererseits wird durch den Bau der B212neu ein erheblicher Verkehrszuwachs für die Stadt Delmenhorst prognostiziert, der eine Entlastungs-Maßnahme erforderlich erscheinen lässt.

Den Liberalen geht es indes auch um eine Entlastung der Bewohner im Bereich der L875 zwischen Delmenhorst und Lemwerder. Dafür müsse die B212neu gebaut werden. „Ein neues Verfahren würde die Baumaßnahmen noch weitere Jahre verzögern“, befürchtet Harald Schöne, FDP-Fraktionsvorsitzender in Lemwerder. Das wäre „ein nicht hinnehmbarer Zustand“. Der Delmenhorster FDP-Fraktion kommt es darauf an, dass „die Pendler- und Geschäftsverkehre zwischen Delmenhorst

und Bremen staufreier abgewickelt werden können“.

Für die Liberalen, so das Fazit von Christian Dürr, wäre es „nicht hinnehmbar, dass der Ausbau der B 212 im Zuge eines neuen Raumordnungsverfahrens in die nächsten Jahrzehnte verschoben bzw. ganz unterlassen werden soll“. Stattdessen sei der zügige Lückenschluss erforderlich, um „eine leistungsfähige und attraktive Anbindung der südlichen Wesermarsch an das Netz der Bundesautobahnen“ herzustellen.